

Deutsches Pflege Forum

1. Wohnteilhabegesetz

Seit Juli 2010 ist das Berliner Wohnteilhabegesetz in Kraft, bei der Umsetzung des Gesetzes ist jedoch noch einiges zu tun.

- Welche Erfahrungen haben Sie bei der Umsetzung des Wohnteilhabegesetzes gemacht?***
- Wo sehen Sie weiteren Klärungsbedarf? Was ist noch zu tun?***

Unserer Einschätzung nach bewährt sich das Berliner Wohnteilhabegesetz als Schutzgesetz für ältere, pflegebedürftige oder behinderte volljährige Menschen, die in stationären Einrichtungen oder in betreuten Wohngemeinschaften leben. Der SPD war es wichtig, den Bewohnerinnen und Bewohnern mehr Schutz vor Beeinträchtigungen und Gefahren sowie mehr persönliche Rechte zu verschaffen und so den Verbraucherschutz zu stärken. Die Leistungserbringer werden zu mehr Transparenz über das Leistungsangebot, seine Qualität und über die Kosten in den Wohnformen verpflichtet. Das neue Gesetz erfasst erstmals die Wohnangebote in betreuten Wohngemeinschaften und ermöglicht eine Transparenz über die Leistungen und die Pflegesituation der Bewohnerinnen und Bewohner.

Als Herausforderung im Prozess der Umsetzung sehen wir die Verpflichtung der Leistungserbringer, die Wohnangebote in das Gemeinwesen zu öffnen und den Austausch mit Menschen außerhalb der Wohnform zu fördern. Diese zukunftsorientierte Maßnahme dient dazu, den Bereich der stationären Altenpflege nicht als eine isolierte gesellschaftliche Aufgabe, sondern als eine im Stadtteil integrierte Einrichtung zu verankern. Auch die Beratung durch die Aufsichtsbehörde kann aus unserer Sicht noch verstärkt werden. Zum Umsetzungsprozess gehören die Rechtsverordnungen zum Wohnteilhabegesetz. Wir werden uns damit konstruktiv befassen. Die Heimbeiräte sollten stärker qualifiziert werden, eine Vernetzung und ein Austausch im Bezirk soll gefördert werden.

2. Pflegekammer

Auf dem 1. Pflegekongress im Juni äußerten sich alle Parteien sehr positiv zur Einführung einer Pflegekammer in Berlin und der Deutsche Pflegerat als Dachorganisation der Pflegeorganisationen fordert Gesetzesinitiativen in den Bundesländern zur Schaffung von Pflegekammern.

- Wie positioniert sich Ihre Partei zur Einführung einer Pflegekammer in Berlin?***
- Welche Chancen für die Einführung einer Pflegekammer sehen Sie?***
- Welche konkreten Schritte planen Sie dazu?***

Die SPD wird die Einführung einer Pflegekammer oder einer Kammer für Gesundheitswirtschaft prüfen. Wichtige Kritikpunkte sind dabei zu bedenken: Unter den derzeitigen Bedingungen würde dies faktisch die Einführung von Zwangsmitgliedschaft und Zwangsbeiträgen bedeuten. Zudem können Kammern die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht in Tarifangelegenheiten vertreten.

3. Fachkräftemangel

Der Fachkräftemangel ist allgegenwärtig. Besonders in den Pflegeberufen werden gut ausgebildete und qualifizierte Mitarbeiter gesucht. Dazu passt nicht, wie im Landesamt für Gesundheit und Soziales ausländische Examen geprüft werden, auch Examen aus Staaten, deren Ausbildungsstandards über dem deutschen Standard liegen.

- ***Wie kommt es, dass in Berlin so viel Energie darauf verwendet wird, Pflegekräfte aus Staaten mit wohl besserer oder genauso guter Ausbildung wie in Deutschland zu überprüfen? Sollte man diese Praxis ändern und, wenn ja, wie?***
- ***Welche Strategie verfolgt Ihre Partei, um die Attraktivität der Pflegeberufe zu steigern?***
- ***Welche Möglichkeit sehen Sie, in Berlin eine Fachkräftestudie für den Bereich Pflege zu initiieren?***
- ***Wie stehen Sie zur Einführung eines Pflegereferats in der Senatsverwaltung, um den Zukunftssektor Pflege besser zu koordinieren und fachlich zu steuern?***
- ***Welche Schritte planen Sie ggf. zur Einrichtung eines solchen Pflegereferates?***

Die Praxis der Anerkennung von Berufsabschlüssen muss systematisch und zügig umgesetzt werden. Das Verfahren muss in einem überschaubaren, festgelegten Zeitraum abgeschlossen sein. Wir treten für die sofortige Umsetzung des Gesetzes zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse ein. Damit die Antragsteller ihre Erfahrungen auf das hiesige System übertragen können, müssen entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen Bestandteil des Anerkennungsverfahrens sein. Das Wissen des Kompetenzzentrums zur Interkulturellen Öffnung der Altenhilfe kann hier zur Erarbeitung von Kriterien zur Weiterqualifizierung sinnvoll genutzt werden.

Wir setzen eine aktive Arbeitsmarktpolitik fort, die verschiedenen Qualifizierungsniveaus gerecht wird. Wir wollen zielgerechte Beratung und Unterstützung bei Existenzgründungen leisten und unterstützen das Modell der anonymisierten Bewerbungen, damit nicht Herkunft, sondern Qualifikation das einzige Einstellungskriterium ist.

Der Senat hat 2011 eine Offensive für Fachkräfte und Ausbildung gestartet, insbesondere die Landesinitiative „Gute Arbeit in der Pflege“. Dabei geht es auch um die Anerkennung von Berufsabschlüssen, die im Ausland erworben wurden und den Ausbau pflegeberufsbezogener Sprachförderung. Wir werden einen Zusammenschluss für Fachkräfte in den sozialen, pflegerischen und gesundheitsbezogenen Berufen initiieren. Die SPD tritt dafür ein, die Arbeitsbedingungen in der Gesundheitswirtschaft und -versorgung zu verbessern. Wir müssen uns vermehrt um Fachkräfte im Pflegebereich bemühen und das Berufsbild durch geeignete Maßnahmen auch verstärkt für Männer attraktiv gestalten. Vor allem wollen wir die Berufs-

verweildauer durch angemessene Arbeitsbedingungen erhöhen und das Potenzial an Nachwuchskräften mit Migrationshintergrund besser nutzen. Die Unterstützung des Kompetenzzentrums für die Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe als Motor für die Weiterentwicklung der kultursensiblen Pflege ist uns wichtig. Die von KomZen erarbeiteten Standards für die Arbeit in der kultursensiblen Pflege müssen berücksichtigt werden. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen müssen faire und existenzsichernde Löhne erhalten. Wir werden uns dafür einsetzen, die Aus- und Weiterbildung sowie die Arbeits- und Beschäftigungssituation derjenigen, die professionell Dienst am Menschen leisten, zu verbessern. Wir setzen uns für eine gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung der Pflegeberufe ein, dazu gehört u.a. eine bessere Bezahlung.

Zur Förderung des dritten Ausbildungsjahres für die berufliche Weiterbildung in der Altenpflege sollte der Bund zügig eine tragfähige Finanzierung erarbeiten.

Rund 70% der Pflegebedürftigen werden von Familienangehörigen gepflegt. Pflegenden Familienangehörige brauchen ein System der Anerkennung und der stärkeren Unterstützung.

Wir werden uns für die Bildung eines Pflegereferats in der Senatsverwaltung einsetzen.

Die Gewinnung und Förderung von Ehrenamtlichen muss in einem professionellen Rahmen erfolgen. Die vielen ehrenamtlich Engagierten brauchen Rahmenbedingungen, die das Engagement würdigen und befördern.

4. Leitlinien zur Pflegepolitik in Berlin

- Warum gibt es bis heute keine „Leitlinien zur Pflegepolitik in Berlin“ für den Zeitraum der nächsten 10-15 Jahre? Wie wollen Sie das ändern?

Der neue Landespflegeplan wird in diesem Herbst vorgelegt. Die Seniorenleitlinien werden ebenfalls zur Zeit aktualisiert. Ob darüber hinaus noch die Notwendigkeit besteht, Leitlinien zur Pflegepolitik zu erarbeiten, werden wir prüfen.

5. und 6. Ausbildung

Bereits vor einigen Jahren gab es eine Reform in der Ausbildung in den Pflegeberufen.

- Sehen sie eine Notwendigkeit einer erneuten Reform in der Ausbildung der Pflegeberufe?

- Wie stehen Sie zu den Plänen, Schulabgängern mit Hauptschulabschluss den Weg in Pflegeberufe zu ermöglichen?

- Welche Maßnahmen planen Sie, um die Pflege durch den Bundesfreiwilligendienst zu unterstützen?

Wir werden erfolgreiche Strategie zur Behebung des Fachkräftemangels in den kommenden Jahren umsetzen. Das wird ein Schwerpunkt unserer Bildungspolitik sein. Gute Aus- und Weiterbildung ist die Grundlage für beruflichen Erfolg. Wir setzen uns für Verbesserung der beruflichen Bildung und Ausbildung ein. Kein junger Mensch soll ohne Ausbildung bleiben. Wir wollen allen einen optimalen Bildungsprozess ermöglichen. Die Vorstellungen der SPD zur Zukunft der Ausbildung für Pflegefachkräfte haben wir unter 3. beschrieben.

Die Anforderungen im Pflegeberuf sind komplex und können nur von gut ausgebildeten Fachkräften bewältigt werden. Wir befürworten daher die dreijährige Ausbildung im Pflege-

beruf. Wir wollen Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit Hauptschulabschluss auf dem Weg in die Pflegeausbildung unterstützen.

7. Vergütung

Die Pflege kämpft seit Jahren für mehr Lohn für das pflegende Personal. Im SGB V werden die Leistungen allerdings gekürzt, so dass das Pflegepersonal effektiv weniger Geld erhält.

- Sollten die Gehälter von Pflegekräften aus Sicht Ihrer Partei in Zukunft erhöht werden?***
- Wie wird sich Ihre Partei für höhere Gehälter in der Pflege einsetzen?***

Die SPD tritt ein für faire und existenzsichernde Löhne sowie gute Arbeitsbedingungen. Gehaltsverhandlungen mit den Arbeitgebern sind Aufgabe der Gewerkschaften. Die SPD wird Forderungen nach guten Arbeitsplätzen und entsprechenden Löhnen politisch unterstützen.

8. Integrierte Versorgung/ Pflegeforschung

Integrierte Versorgungsstrukturen können effiziente und effektive Versorgung besser gewährleisten. Wiedereinweisungen können reduziert, Doppeluntersuchungen vermieden und die Kommunikation zwischen den Berufsgruppen kann verbessert werden.

- Welchen Handlungsbedarf sehen Sie, um die Pflege als Akteur in der integrierten Versorgung und bei neuen Versorgungsformen besser einzubinden?***
- Werden aus Ihrer Sicht Pflegeaufgaben in der integrierten Versorgung, z.B. im Case Management, angemessen vergütet?***
- Welche Relevanz hat Pflegeforschung und Versorgungsforschung für Ihre Partei?***
- Welche Möglichkeiten sehen Sie, Pflegeforschung und Versorgungsforschung auszubauen?***

Wir befürworten die Einrichtung integrierter Versorgungssysteme. Fachübergreifend sind patientenorientierte und qualitätsgesicherte Leistungen zu erbringen. Wir unterstützen Projekte der ambulanten medizinischen Versorgung, die das soziale Umfeld in die Therapie einbeziehen.

Pflege- und Versorgungsforschung hat für die SPD eine große Relevanz. Wir wollen die Altersforschung an den Berliner Hochschulen ausbauen und werden uns für einen Lehrstuhl im Bereich der Gerontologie/ Geriatrie einsetzen, entsprechend dem Berliner Geriatrie-Konzept.

In der dreijährigen Pflegeausbildung muss das Fach Gerontologie/ Geriatrie ein Bestandteil der Ausbildung sein.

Berlinerinnen und Berliner müssen eine qualitativ hochwertige, gut vernetzte Infrastruktur der Versorgung und Betreuung vertrauen können. Die SPD unterstützt das Berliner Modell, bei dem angestellte oder durch Kooperationsverträge verpflichtete niedergelassene Ärzte die Versorgung in stationären Pflegeeinrichtungen übernehmen. Wir werden uns für eine Fortsetzung und Verbreiterung des Modells einsetzen.